

Städtische Deputation für Sport			25. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 30.10.2018	Sitzungsbeginn: 16:49 Uhr	Sitzungsende: 18:05 Uhr	Sitzungsort: SJFIS Sitzungsraum 15.04 Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen
Teilnehmer*innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Frau Rosenkötter (Sprecherin der Deputation)			

Frau Rosenkötter (Fraktion der SPD) eröffnet die städtische Deputation für Sport und begrüßt die Gäste, unter anderem Herrn Müller (Vorsitzender TSV Hastedt).

Die Tagesordnung wird mit TOP 7 ergänzt: Mehrkosten beim Bau des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Grolland.

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

1. Protokoll über die Sitzung der städtischen Deputation am 18.09.2018
2. Dem Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegende Erfolgskontrollen 2018
(Vorlage Nr. 19/135)
3. Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Infrastruktur in den Bereichen Jugend, Kultur und Sport“
(Mündlicher Sachstandsbericht)
4. Vergabe der Mittel aus dem Integrationsbudget „Sport für Flüchtlinge“, Eingang der Anträge bis 01.10.2018
(Vorlage Nr. 19/136)
5. Sportförderanträge 2018 – Zweite Tranche mit Stichtag zum 30.09.2018
(Vorlage Nr. 19/137)
6. Hastedter TSV – weiteres Verfahren nach der Zahlungsunfähigkeit
(Mündlicher Bericht)
7. Mehrkosten beim Bau des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Grolland
(Vorlage Nr. 19/139)
8. Verschiedenes
 - a) Sachstand Oeversberg
(Mündlicher Bericht)
 - b) Neue Vereinbarung Sportvereine / Außenanlagen
(Mündlicher Bericht)
 - c) Vakante Stelle: stellvertretende Leitung Sportamt
(Mündlicher Bericht)

Nicht öffentlicher Teil

9. Übernahme der laufenden Zins- und Kreditzahlungen auf die Halle Im Föhrenbrook-aktualisierte Darstellung zur Umsetzung
(Vorlage Nr. 19/138)

Städtische Deputation für Sport	Sitzung am: 30.10.2018	Protokoll-Seite: 2
--	-----------------------------------	-------------------------------

TOP 1: Protokoll über die städtische Sitzung am 18.09.2018

Beschluss

Die städtische Deputation für Sport genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 18.09.2018.

TOP 2: Dem Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegende Erfolgskontrollen 2018 (Vorlage Nr. 19/135)

Herr Staatsrat Fries erklärt, dass es sich hierbei um eine formale Berichtsbitte für den Haushalts- und Finanzausschuss handelt.

Beschluss

Die städtische Deputation für Sport stimmt den Erfolgskontrollen und den Projektstatusberichten zu den Maßnahmen:

- a) Nachbewilligung für Sanierung eines Rotgrandplatzes zu einem Kunstrasenplatz auf der Bezirkssportanlage Süd,
- b) Mittelinanspruchnahmen i.S. von Sperrenaufhebungen für Sanierungsmaßnahmen im Sportbereich i. H. v. insgesamt 650 T€,
- c) Nachbewilligung für Sanierung des Kunstrasenplatzes auf der Bezirkssportanlage Findorff,
- d) Verpflichtungsermächtigung und Nachbewilligung für Umkleidegebäude im Burgwall Stadion,

sowie deren Übermittlung an den Haushalts- und Finanzausschuss zu.

TOP 3: Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Infrastruktur in den Bereichen Jugend, Kultur und Sport“ (Mündlicher Sachstandsbericht)

Herr Staatsrat Fries berichtet, dass der Bund 100 Millionen Euro in einem Programm zur Sanierung kommunaler Infrastruktur der Bereiche Jugend, Kultur und Sport zur Verfügung stellt. Die Stadt Bremen hat sich, federführend durch den Senator Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV), mit sechs Projekten beworben:

- Sanierung der Dreifachturnhalle Oberschule Lehmhorster Straße
- Sanierung Turnhalle Osterholzer Heerstraße
- Sanierung/Ersatzneubau Umkleidegebäude BSA Stadion Vegesack
- Sanierung Spielhalle Süd, einschließlich Umkleidegebäude, Wilhelm-Kaisen-Oberschule, BSA Süd
- Sanierungsvorhaben im Fritz-Piaskowski-Bad in Bremen-Vegesack

Die Verwaltung wird die entsprechende Senatsvorlage diesem Protokoll beifügen.

Hinweis der Verwaltung: Senatsvorlage ist als Anlage angefügt.

Nach Informationen von SUBV liegen annähernd 1000 Bewerbungen vor. Daher können die Erfolgsaussichten dazu, ob eines der von Bremen gemeldeten Projekte ausgewählt wird, nicht abschließend beurteilt werden.

Im Dezember 2018 werden die Zulassungsbescheide durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung erteilt.

Städtische Deputation für Sport	Sitzung am: 30.10.2018	Protokoll-Seite: 3
--	-----------------------------------	-------------------------------

Die Deputierten stellen Nachfragen, die von der Verwaltung beantwortet werden.

Beschluss

Die städtische Deputation für Sport nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**TOP 4: Vergabe der Mittel aus dem Integrationsbudget „Sport für Flüchtlinge“,
Eingang der Anträge bis 01.10.2018
(Vorlage Nr. 19/136)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein.

Beschluss

Die städtische Deputation für Sport stimmt der Vergabe für den Antrag der lfd. Nummer 20 - 22 wie unter B. erläutert zu.

**TOP 5: Sportförderanträge 2018 – Zweite Tranche mit Stichtag zum 30.09.2018
(Vorlage Nr. 19/137)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein.

Herr Lübke (Fraktion der CDU) teilt mit, dass die CDU mit der Ablehnung des Antrages Nummer 20 nicht einverstanden ist. Er begründet dies damit, dass die Datenschutzgrundordnung (DSGVO) ein großes Problem für die Vereine darstelle und es hier Unterstützung seitens der Politik bedürfe. Herr Strohmann (Fraktion der CDU) betont, dass es sich bei der Umsetzung der DSGVO seines Erachtens um ein Vorhaben der Priorität 1 handeln würde. Herr Vroom (Präsident Landessportbund Bremen) hält das als Schulungsgrundlage geplante Online-Rollenspiel für eine sinnvolle Unterstützung zur Einführung in die Thematik Datenschutz für die Vereine. Herr Öztürk (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) verweist auf die klaren Vergabekriterien bei der Sportförderung. Eine Lizenz erscheint pro Verein zumutbar und leistbar.

Herr Staatsrat Fries verweist auf die Systematik der von der Deputation beschlossenen Vergabekriterien. Der gesamte Bereich von Aus- und Fortbildungen sei nicht, über die Sportförderanträge zu behandeln.

Nachdem Frau Rosenkötter an die Fraktion der CDU die Frage gerichtet hat, welcher Antrag anstatt des Antrages Nummer 20 gestrichen werden solle, zieht Herr Vroom diesen Antrag offiziell zurück.

Im Zusammenhang mit der Sportförderung kritisiert Frau Müller (Geschäftsführerin Landessportbund Bremen), die fehlende Förderung des Sportabzeichenwettbewerbs von anderen Stellen und appelliert an das Ressort, sich dieser Problematik anzunehmen. Die Verwaltung sichert zu, diese Thematik im Jahr 2019 auf Verwaltungsebene zu thematisieren.

Gegen die Stimmen der CDU und der Enthaltung der FDP befasst die Deputation folgenden

Beschluss

Die städtische Deputation für Sport stimmt den Vorschlägen zur Sportförderung an Sportvereine für die Anträge aus 2018 wie unter B. Lösungen vorgeschlagen, zu.

TOP 6: Hastedter TSV (HTSV) – weiteres Verfahren nach der Zahlungsunfähigkeit (Mündlicher Bericht)

Die Verwaltung führt ein und betont, dass die Vereinshalle des HTSV für den Sport unverzichtbar ist. Herr Staatsrat Fries bestätigt, dass die Halle für den Schul- und Vereinssport erhalten bleiben und dass der Betrieb bis zu einer endgültigen Lösung gesichert ist. Die Deputierten sind sich einig, dass die Aufrechterhaltung gewährleistet werden muss.

Das Wort erhält Herr Müller (Vorsitzender Hastedter TSV). Er berichtet, dass die Halle mit 500 Mitgliedern nicht mehr haltbar ist und diese von der Stadt übernommen werden müsse. Auf Nachfrage von Herrn Zenner (Fraktion der FDP) warum nicht früher gehandelt worden ist, erklärt Herr Müller, dass die mangelnde Liquidität lange Zeit durch Privatdarlehen der Mitglieder ausgeglichen worden ist. Durch die Abwanderung von Mitgliedern, und dabei insbesondere der Abteilung Fußball, und dem dadurch einhergehenden Mitgliederverlust war der Unterhalt der Sporthalle nicht mehr gesichert.

Die Deputierten sind sich einig, dass die Problematik der Bewirtschaftung und der drohenden Insolvenz viele Vereine betrifft und diese Thematik in die Deputation gehört. Herr Vroom (Präsident Landessportbund Bremen) sieht hier den Landessportbund ebenfalls in seiner Beratungsfunktion.

Beschluss

Die städtische Deputation für Sport nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 7: Mehrkosten beim Bau des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Grolland (Vorlage Nr. 19/139)

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein.

Beschluss

Die städtische Deputation für Sport stimmt der Finanzierung der Mehrkosten für den Bau des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Grolland aus den genannten Finanzpositionen zu und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport darum, den Haushalts- und Finanzausschuss entsprechend zu befassen.

TOP 8: Verschiedenes**a) Sachstand Oeversberg (Mündlicher Bericht)**

Die Verwaltung berichtet, dass laut Herrn Kasper (Kreissportbund Bremen-Nord) die betroffenen Vereine und Verbände laufend über die Entwicklungen auf dem Oeversberg informiert worden – Herr Vroom (Präsident Landessportbund Bremen) bestätigt diese Aussage.

Bei der Beiratssitzung am 08.11.2018 wird die weitere Planung vorgestellt. Innerhalb des Jahres 2019 soll der Prozess abgeschlossen werden. Der Deputation für Sport wird nach den nächsten zwei Beiratssitzungen wieder berichtet.

Frau Rosenkötter (Fraktion der SPD) erwartet, dass auch andere Ressorts am Prozess beteiligt werden und die Gelder nicht ausschließlich aus dem Sportressort verwendet werden.

Beschluss

Die städtische Deputation für Sport nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**b) Vereinbarung mit den Sportvereinen - Außenanlagen
(Mündlicher Bericht)**

In diesem Zusammenhang wird auf die Deputationsvorlage Lfd. Nr. 19/128 „Änderung der Pflegevereinbarungen mit Sportvereinen“ vom 21.08.2018 verwiesen. Die Verwaltung erläutert den Sachstand. Aufgrund der erkannten Steuerpflicht bei den bis 2018 gültigen Pflegevereinbarungen mit insgesamt 12 Sportvereinen muss die Umsatzsteuer für die vergangenen Jahre auf die Zuschusssummen bei einigen Vereinen nachgezahlt werden. Die Umsatzsteuerpflicht auf den Zuschuss hängt von der Höhe der Zuschusssumme ab.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport hat die betroffenen Vereine aufgefordert, ihr die Steuernachzahlungen mitzuteilen und wird eine Lösung für diese Mehrkosten erarbeiten. Sollte es zu entsprechenden ähnlich gelagerten Fällen in der Zukunft kommen, sagt der Staatsrat zu, die Vereine finanziell freizuhalten.

Die städtische Deputation für Sport spricht sich ebenfalls dafür aus, auch bei zukünftigen Fällen die Vereine finanziell freizuhalten.

Beschluss

Die städtische Deputation für Sport nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**c) Vakante Stelle: stellvertretende Leitung Sportamt
(Mündlicher Bericht)**

Die Verwaltung berichtet, dass das Verfahren läuft.

Beschluss

Die städtische Deputation für Sport nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:05 Uhr.

Vorsitzende

Protokollführerin

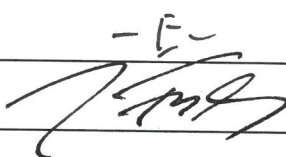
Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

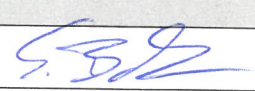
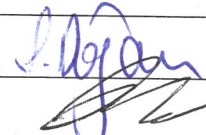

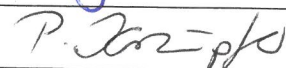
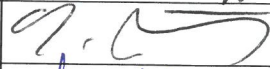
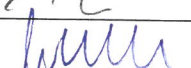
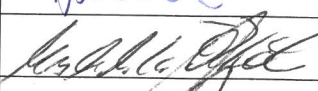
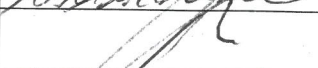
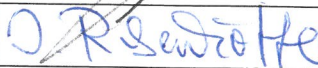
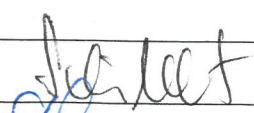


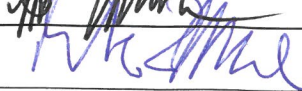
Staatliche und städtische Deputation für Sport	Sitzung am: 30.10.2018	Sitzungsort: Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen
--	------------------------	---

ANWESENHEITSLISTE

Beginn der staatlichen Sitzung: 16:48 Ende der staatlichen Sitzung: 16:48
Beginn der städtischen Sitzung: 16:49 Ende der städtischen Sitzung: 18:05

Mitglieder der Deputation für Sport

Vertreter/in des Senats	Unterschrift
Senatorin Anja Stahmann	- E -
Staatsrat Jan Fries	

Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft	Land	Stadt	Unterschrift
Börnsen, Sören (Dep.) SPD		X	
Brand, Søren (Dep) B'90/Die Grünen		X	
Dogan, Sülmez (MdBB) B'90/Die Grünen	X		
Feddern, Andreas (Dep.) SPD	X		
Krümpfer, Petra (MdBB) SPD		X	
Lucht, Sascha (MdBB) CDU	X		
Lübke, Marco (MdBB) CDU	X	X	
Öztürk, Mustafa (MdBB) (stellvertr. Sprecher) B'90/Die Grünen	X	X	
Peters-Rehwinkel, Insa (MdBB) SPD	X	X	
Rosenkötter, Ingelore (MdBB) (Sprecherin) SPD	X	X	
Scharf, Detlef (MdBB) CDU	X	X	
Schildt, Frank (MdBB) SPD	X		
Strohmann, Heiko (MdBB) CDU		X	
Tuncel, Cindi (MdBB) Die Linke	X	X	
Zenner, Peter (MdBB) FDP	X	X	

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Sport	Sitzung am: 30.10.2018	Sitzungsort: Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Bahnhofplatz 29, 28195 Bremen
--	------------------------	--

Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport

Name	Name
Dr. David Lukaßen	
Mirja Kell	
Petra Lusa	
Christian Zerfang	
Dr Bernd Schmede	

Gäste und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Andreas Vroom	LS D
Susanne Lindner	Bürgerin / Gãstin
Karl Keller	CSR
Matthias Reinold	DLRB

Senatorin für Finanzen

10.09.2018

Warnke

361 6968

Vorlage für die Sitzung des Senats am 18.09.2018

**„Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Infrastruktur in den Bereichen
Jugend, Kultur, Sport““**

Bewerbungen der Stadtgemeinde Bremen

A. Problem

Mit dem Bundeshaushalt 2018 werden erneut Mittel für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereich Sport, Jugend und Kultur bereitgestellt. Die Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro stehen für die Förderung investiver Projekte zur Verfügung und sollen in 2018 vollständig verpflichtet werden. Kassenmäßiger Abfluss ist in vier Jahresraten von 2019 bis 2022 vorgesehen. Zugelassen sind Projekte von besonderer regionaler oder überregionaler Bedeutung und mit sehr hohen Qualitätsstandards im Hinblick auf ihre Wirkungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Integration in der Kommune und der Stadt(teil)entwicklungspolitik.

Mit der Umsetzung und der Begleitung des Programms hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) beauftragt. Kommunen, die über geeignete Projekte verfügen, waren aufgerufen, dem BBSR bis zum 31. August 2018 Projektvorschläge zu unterbreiten. In der 1. Phase erfolgt die Auswahl der Förderprojekte durch eine Jury, in der 2. Phase erfolgt die Beantragung auf Bundesförderung in Form einer Projektzuwendung (Zuwendungsantrag) auf Basis der Auswahlentscheidung.

B. Lösung

Die Immobilien Bremen AöR und das Sportamt Bremen haben dem BBSR fristgerecht 6 Projektvorschläge unterbreitet. Aufgrund der Haushaltsnotlage des Landes Bremen wird ein Förderanteil von 90 v.H. unterstellt, sodass bei einer Bewilligung durch den Bund 10 v.H. aus bremischen Mitteln zu finanzieren wäre. Der Bundesanteil der Förderung soll in der Regel bei zwischen 1.000 bis 4.000 Tsd. € liegen.

Projekt	Gesamtkosten	Bundesmittel (90 v.H.)	Bremischer Eigenanteil (10 v.H.)
	In Tsd. Euro		
Sanierung der Dreifachturnhalle Alexander von Humbold Gymnasium	10.717	4.000	6.717 *)
Sanierung Turnhalle Oberschule Lehmhorster Straße	1.800	1.620	180
Sanierung Turnhalle Osterholzer Heerstraße	1.600	1.440	160
Sanierung/Ersatzneubau Umkleidegebäude BSA Stadion Vegesack	1.567	1.410	157
Sanierung Spielhalle Süd, einschließlich Umkleidegebäude, Wilhelm-Kaisen-Oberschule, BSA Süd	4.029	3.626	403
Sanierungsvorhaben im Fritz-Piaskowski-Bad in Bremen-Vegesack	3.800	3.420	380

*)Gesamtkosten 10,7 Mio. €, davon förderfähig 90 v.H., max. 4,0 Mio. € = Eigenanteil 6,7 Mio. €

Die Genehmigung der Projektvorschläge durch den Senat kann gemäß den Bestimmungen des Projektauftrags bis zum 20.09.2018 an das BBSR nachgereicht werden. In diesem Sinne ist bis zum 20.09.2018 ein Beschluss des Senats einzuholen.

C. Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Sofern Bremen nach Prüfung der eingereichten Projektskizze zur Abgabe eines Projektantrags aufgefordert würde, wäre eine verbindliche Zusage über die zur Durchführung des Projekts erforderlichen Komplementärmittel erforderlich.

Eine Ungleichbehandlung der Geschlechter ist nicht zu erkennen, da diese Vorgaben Frauen und Männer gleichermaßen betreffen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

und der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Zur Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

G. Beschlussvorschlag

1. Der Senat befürwortet und unterstützt die Bewerbung um Bundesmittel für die Sanierung der unter B. Lösung, dargestellten Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms Sanierung kommunaler Infrastruktur in den Bereichen Jugend, Kultur, Sport.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) über den am 18.09.2018 gefassten Beschluss des Senats zu informieren.

Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“

Projektaufruf 2018

Mit dem Bundeshaushalt 2018 werden erneut Mittel für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereich Sport, Jugend und Kultur bereitgestellt. Die Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro stehen für die Förderung investiver Projekte mit besonderer regionaler oder überregionaler Bedeutung und mit sehr hoher Qualität im Hinblick auf ihre Wirkungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Integration in der Kommune und die Stadt(teil)entwicklungspolitik zur Verfügung. Die Projekte sollen auch einen Beitrag zum Klimaschutz aufweisen und über ein überdurchschnittliches Investitionsvolumen oder hohes Innovationspotenzial verfügen.

Die Bundesmittel werden als Zuwendung nach §§ 23, 44 BHO im Wege der Projektförderung an die Kommune bewilligt. Die Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro stehen in vier Jahresraten von 2019 bis 2022 kassenmäßig zur Verfügung und sollen im Jahr 2018 vollständig verpflichtet werden. Dies ist bei der Antragstellung zu berücksichtigen. Die Zuwendungen werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO gewährt; die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) werden unverändert Bestandteil der jeweiligen Zuwendungsbescheide.

Mit der Umsetzung und der Begleitung des Programms hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) beauftragt. Kommunen, die über geeignete Projekte verfügen, sind aufgerufen, dem BBSR bis zum **31. August 2018** Projektvorschläge zu unterbreiten.

Maßgeblich hierfür sind nachfolgende Rahmenbedingungen:

1. Förderfähige Maßnahmen

Im Rahmen des Bundesprogramms sind kommunale Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur förderfähig. Der Schwerpunkt soll jedoch bei Sportstätten liegen wie zum Beispiel öffentlich genutzte Sportplätze einschließlich baulicher Nebenanlagen, Turnhallen, Schwimmhallen sowie Freibäder, da hier ein besonderer Instandsetzungsrückstand gesehen wird.

Grundsätzlich gefördert werden die bauliche Sanierung und der Ausbau von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur. Ersatzneubauten sind nur in Ausnahmefällen förderfähig. Dies kann u.a. dann gelten, wenn dies im Vergleich zur Sanierung die wirtschaftlichere Variante ist. Dies ist zu belegen. Die Förderung umfasst grundsätzlich konzeptionelle, investitionsvorbereitende und investive Kosten.

Gefördert werden können sowohl Einzelgebäude als auch städtebauliche Ensembles unter Einbezug relevanter Gebäude. Die Projekte können Bestandteil einer städtebaulichen Gesamtmaßnahme sein, dies ist jedoch keine Fördervoraussetzung. Das vorgeschlagene Projekt sollte Gegenstand einer städtebaulichen Gesamtstrategie sein bzw. sich aus einem Integrierten Stadtentwicklungskonzept oder vergleichbaren Planungen erschließen. Die Projekte müssen langfristig nutzbar sein, die Zweckbindungsfrist liegt in der Regel bei 10 Jahren, bei Ersatzneubauten bei 20 Jahren.

Im Bundesprogramm werden größere Projekte mit deutlichen stadtentwicklungspolitischen Impulsen für die Gemeinde oder Stadt sowie regionaler oder überregionaler Wirkung gefördert. Sie haben eine besondere Wirkung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Integration vor Ort (z.B. Angebote für unterschiedliche Zielgruppen, Barrierefreiheit/-armut) und sollen daher für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Zudem tragen sie in besonderer Weise zu den Klimaschutzzielen des Bundes (z.B. Minderung des Primärenergieverbrauchs, Minderung des CO₂-Ausstoßes) bei. Durch eine städtebauliche Einbindung in das Wohnumfeld erreichen sie eine nachhaltige Verbesserung des Stadt- bzw. Ortsteils. Sie zeichnen sich durch einen besonderen und innovativen konzeptionellen und baulichen Qualitätsanspruch aus. Sie verfolgen die baukulturellen Ziele des Bundes.

Die Sanierungsmaßnahmen sind Projekte, mit denen in der Regel Aufgaben und Probleme von erheblicher finanzieller Dimension gelöst werden. Mit einem überdurchschnittlich hohen Fördervolumen soll eine schnelle und ggf. umfassende Intervention und Problembearbeitung möglich sein.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und zur Unterstützung der regionalen Bedeutsamkeit sind auch interkommunale Projekte förderfähig.

Im Rahmen der im Bundeshaushalt 2018 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung mit Fälligkeiten bis 2022 sind auch mehrjährige Maßnahmen förderfähig.

Förderfähig sind auch Objekte, die im Eigentum des Landes oder privater Dritter stehen sowie Projekte mehrerer Antragsteller. Dabei kommt es auf die kommunale Nutzung vor Ort an.

Die Fördermaßnahmen müssen klar abgrenzbar und definiert sein, d.h. sie müssen in Abgrenzung zu anderen Maßnahmen im Umfeld einzeln betrachtet werden können. Die Förderung entsprechender Bauabschnitte ist zulässig.

2. Antragsteller

Antragsberechtigt und Förderempfänger sind nur die Kommunen, in deren Gebiet sich das zu fördernde Projekt befindet. Bei gemeinsamen Projekten mehrerer Kommunen übernimmt eine Kommune die Federführung. Die Stadtstaaten werden hierbei wie Kommunen behandelt.

Antragsteller und Förderempfänger sind die jeweiligen Kommunen auch dann, wenn sich das zu fördernde Objekt in Privat-, Kirchen- oder Landeseigentum befindet.

3. Komplementärfinanzierung

Projekte im Rahmen des Bundesprogramms müssen von den betreffenden Kommunen bzw. Ländern (bei Landeseigentum) mitfinanziert werden.

Bei der Ermittlung der förderfähigen Projektkosten (Hinweis: Umsatzsteuer, die als Vorsteuer abzugsfähig ist, ist nicht förderfähig) finden eventuelle finanzielle Beteiligungen des Eigentümers oder Nutznießers keine Berücksichtigung (Ausnahme: Eigentum der Kommune oder des Landes).

Der Bundesanteil der Förderung soll in der Regel bei zwischen 1 bis 4 Millionen Euro liegen.

3.1 Anteil der Kommune

	Bund	Kommune
Grundsatz	45 v.H.	55 v.H.
Haushaltsnotlage	90 v.H.	10 v.H.

Eine Haushaltsnotlage ist durch die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde zu bestätigen. Eine freiwillige finanzielle Beteiligung des Landes ist ausdrücklich erwünscht; sie kann jedoch nicht den Eigenanteil der Kommune ersetzen.

3.2 Förderung landeseigener Objekte

Bei Objekten in Landeseigentum ist eine Eigenbeteiligung des Landes obligatorisch:

	Bund	Land
Grundsatz	45 v.H.	55 v.H.

Ausnahmen sind möglich, wenn durch den Stabilitätsrat eine Haushaltsnotlage des Landes festgestellt wurde.

3.3 Erbringung der Finanzierungsanteile von Land bzw. Kommune

Kommunen und Länder müssen ihre finanziellen Eigenanteile nach Maßgabe der ANBest-Gk anteilig zu den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln des Bundes erbringen. Eine Vorleistung mit Bundesmitteln und der dadurch bedingte spätere Ausgleich mit kommunalen oder Landesmitteln sind nicht möglich. Die finanziellen Eigenanteile der Kommune bzw. des Landes sind für die Laufzeit der Maßnahme zu erbringen und durch Ratsbeschluss auf Grundlage der Auswahlentscheidung mit dem Zuwendungsantrag zu bestätigen.

3.4 Beteiligung Dritter

Es besteht die Möglichkeit, unbeteiligte Dritte in die Finanzierung einzuschließen. Als unbeteiligte Dritte gelten solche natürlichen oder juristischen Personen, die nicht selbst Förderempfänger oder Nutznießer der Förderung sind (z.B. unabhängige Stiftungen oder Spender). Solche Beteiligungen sind ausdrücklich erwünscht. Sie können als kommunaler Eigenanteil gewertet werden – bis zu einem in jedem Fall von der Kommune aufzubringenden Eigenanteil von 10 Prozent der förderfähigen Kosten.

Bei privaten oder kirchlichen Eigentümern sowie bei anderen öffentlichen Fördergebern handelt es sich grundsätzlich nicht um unbeteiligte Dritte. Eine solche Beteiligung ist gleichwohl ausdrücklich erwünscht. Für die Berechnung des kommunalen Anteils sind in diesen Fällen grundsätzlich die Gesamtkosten abzüglich eines eventuellen Eigentümeranteils bzw. des Anteils anderer öffentlicher Fördergeber maßgeblich.

4. Verfahrensablauf und Auswahl der Förderprojekte

Das Auswahlverfahren ist in zwei Phasen untergliedert. Nach Einreichung der Projektvorschläge in der 1. Phase folgt die Auswahl der Förderprojekte durch eine Jury. Die 2. Phase umfasst die Beantragung auf Bundesförderung in Form einer Projektzuwendung (Zuwendungsantrag) nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO durch die ausgewählten Kommunen.

Phase 1: Einreichung von Projektvorschlägen

In der 1. Phase ist der Projektvorschlag mit Beschluss des Stadt- oder Gemeinderates, mit dem die Teilnahme am Projektauftrag 2018 gebilligt wird, dem BBSR bis zum

31. August 2018

über eine sogenannte Projektskizze online einzureichen. Die Stadtstaaten bestimmen für sich, welches Organ für die Beschlussfassung zuständig ist.

Zuvor ist bis zum 24. August 2018 dem für die Städtebauförderung zuständigen Landesressort formlos anzuzeigen, dass und für welches Projekt eine Antragstellung vorgesehen ist.

Das Projektskizzenformular ist ab dem 15. August 2018 über das Förderportal des Bundes in *easy-Online* aufrufbar:

<https://foerderportal.bund.de/easyonline>

Die in *easy-Online* erstellte Projektskizze ist nach Abschluss des digitalen Antragsverfahrens unverändert ausgedruckt und unterschrieben (ggf. mit ergänzenden Unterlagen) dem BBSR **und** dem für die Städtebauförderung zuständigen Landesressort bis zum 4. September 2018 zuzusenden (Poststempel). Das entsprechende Landesressort erstellt daraufhin eine für das Antragsverfahren notwendige, städtebauliche Stellungnahme. Die Stellungnahmen zu den Projektskizzen senden die Länder bis zum 21. September 2018 gesammelt an das BBSR.

Ein noch nicht vorliegender Ratsbeschluss kann dem BBSR erforderlichenfalls ebenfalls bis zum 20. September 2018 (Poststempel) nachgereicht werden.

Nach Vorprüfung der Projektskizzen durch das BBSR bzw. beauftragte Dritte erfolgt die Auswahl der zur Förderung zu empfehlenden Projekte durch eine Jury, die sich u.a. aus Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie Fachleuten verschiedener Disziplinen (z.B. Stadt- und Landschaftsplanung, Städtebau) zusammensetzt.

Auswahlkriterien

Für die Auswahl der Projekte sind u.a. folgende Kriterien ausschlaggebend (nicht kumulativ, keine Rangfolge):

- besondere regionale oder überregionale Wahrnehmbarkeit;
- begründeter Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur sozialen Integration im Quartier/in der Kommune;
- erhebliches und überdurchschnittliches Investitionsvolumen;
- Machbarkeit und zügige Umsetzbarkeit, langfristige Nutzbarkeit;
- städtebauliche Einbindung in das Wohnumfeld und baukulturelle Qualität;
- überdurchschnittliche fachliche Qualität, insbesondere hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der sozialen Integration (einschließlich Barrierefreiheit/-armut) und/ oder Klimaschutz;
- hohes Innovationspotenzial.

Phase 2: Beantragung der Zuwendung für die ausgewählten Projekte

Die zu fördernden Kommunen werden nach Projektauswahl zu Beginn der 2. Phase durch das BBSR aufgefordert, einen entsprechenden Zuwendungsantrag für die Förderung ihres Projektes zu stellen. Die Kommune wird dahingehend im Rahmen eines kurzfristig durchzuführenden Koordinierungsgesprächs beraten. Der Zuwendungsantrag umfasst grundsätzlich das Antragsformular, den Ausgaben- und Finanzierungsplan, den Ablauf- und Zeitplan sowie die entsprechenden Nachweise des kommunalen Finanzierungsanteils (Ratsbeschluss) sowie ggf. weiterer Mittelgeber. Der Antrag muss die Erklärung enthalten, dass das beantragte Projekt noch nicht begonnen wurde. Der Zuwendungsantrag nebst Anlagen ist bis spätestens 15. November 2018 beim BBSR bzw. dem beauftragten Dritten vorzulegen, anderenfalls kann die Erteilung eines Zuwendungsbescheides nicht sichergestellt werden.

5. Baufachliche Prüfung

Für die Umsetzung von baulichen Maßnahmen im Rahmen des Zuwendungsantrages sind bei einer Förderung die „Richtlinien für die Durchführung von Zuwendungsbaumaßnahmen (RZBau)“ zu beachten. Diese sind unter folgendem Link abzurufen: <https://www.fib-bund.de/Inhalt/Richtlinien/RZBau/>

Die baufachliche Prüfung erfolgt durch die für den Bund tätige Bundesbauverwaltung entsprechend ZBau.

Im Falle der Auswahl wird im Rahmen der weiteren Antragstellung ein gemeinsames Koordinierungsgespräch nach den Verfahrensregeln zur RZBau zwischen dem Antragsteller (Kommune), der Bundesbauverwaltung, dem BBSR bzw. beauftragten Dritten und ggf. weiterer Beteiligter durchgeführt.

6. Informationspflicht, begleitende Öffentlichkeitsarbeit

Die Förderempfänger verpflichten sich:

- dem Bund entsprechende Informationen über das Förderprojekt zu erteilen,
- auf die besondere Förderung durch den Bund hinzuweisen und
- bei der Vernetzung und dem Erfahrungsaustausch der Projekte mitzuwirken.

7. Weiteres Verfahren

31. KW	Veröffentlichung des Projektaufrufs 2018
15. Aug. 2018	Freischaltung des Erhebungsbogens in <i>easy-Online</i>
24. Aug. 2018	Fristende zur formlosen Anzeige des Antrags beim für die Städtebauförderung zuständigen Landesministerium
31. Aug. 2018 24 Uhr	Fristende zur Einreichung der Projektanträge über <i>easy-Online</i>
4. Sept. 2018 (Poststempel)	Fristende zur Einreichung der Projektskizzen in unveränderter, ausgedruckter und unterschriebener Form beim BBSR und beim für Städtebauförderung zuständigen Landesministerium. Die Übersendung an das BBSR oder das Land alleine ersetzt nicht die andere jeweils notwendige Übersendung.
20. Sept. 2018 (Poststempel)	Fristende für Nachreichung von geforderten Unterlagen (z.B. Ratsbeschluss)
21. Sept. 2018	Einreichung der Stellungnahmen der Länder beim BBSR
Sept. 2018	Sichtung und Vorprüfung der Förderanträge durch das BBSR bzw. beauftragte Dritte
Okt. 2018	Tagung der Jury zur Auswahl der Förderprojekte
Okt. 2018	Veröffentlichung der Auswahl und Information der entsprechenden Kommunen durch das BMI
Okt./Nov. 2018	Koordinierungsgespräche und Erstellung der Zuwendungsanträge durch die Kommunen in Abstimmung mit dem BBSR bzw. beauftragte Dritte
15. Nov. 2018	Eingang der Zuwendungsanträge nebst Anlagen beim BBSR bzw. beauftragten Dritten
Dez. 2018	Erteilung Zuwendungsbescheide durch das BBSR

8. Kontakt

Projektanträge sind über das Projektskizzenformular in *easy-Online* unter folgender URL bis zum 31. August 2018 einzureichen:

<https://foerderportal.bund.de/easyonline>

Zum verbindlichen Nachweis ist der in *easy-Online* erstellte Projektantrag dem BBSR und der für Städtebauförderung zuständigen Landesbehörde unverändert ausgedruckt und unterschrieben (ggf. mit ergänzenden Unterlagen) bis zum 4. September 2018 (Poststempel) zuzusenden:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Referat I 4
Stichwort: Projektaufruf SJK
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn

Fragen zum Projektaufruf richten sie bitte an:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

sjk@bbr.bund.de

Betreff: Projektaufruf 2018 – Sanierung kommunaler Einrichtungen

Telefonischer Kontakt:

Hotline montags bis freitags von 10-12 Uhr und 14-16 Uhr unter:

Kommunen A–M: 0228 99401-4445

Kommunen N–Z: 0228 99401-4446

Fragen zu *easy-Online*: 0228 99401-1591 (ab 15.08.2018)

**Der Senator
für Umwelt, Bau und Verkehr
-Oberste Landesbehörde Städtebauförderung-**



Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr • Contrescarpe 72 • 28195 Bremen

Die Senatorin für Kinder und Bildung
Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Den Senator für Kultur
-An die Abteilungsleitungen-

Den Magistrat der Stadt Bremerhaven
-An die Leitung des Stadtplanungsamts-

*-Aufgrund der Eilbedürftigkeit vorab per Email,
Anschreiben folgt -*

Auskunft erteilt
Uwe Rogoll

Dienstgebäude:
Contrescarpe 72

Zimmer S 3.12

Tel. +49 421 3 61-5314

Fax

E-Mail

uwe.rogoll @bau.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
72

Bremen, 1. August 2018

Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“: Projektauftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat im Auftrag des BMI heute einen Projektauftrag veröffentlicht. Für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ stehen Mittel in Höhe von 100 Mio. € zur Verfügung. Gefördert werden **investive Projekte mit besonderer regionaler oder überregionaler Bedeutung und mit sehr hoher Qualität im Hinblick auf ihre Wirkungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Integration in der Kommune und die Stadt(teil)entwicklungspolitik.**

Kommunen, die über geeignete Projekte verfügen, sind aufgerufen, dem BBSR bis zum 31. August 2018 entsprechende Projektskizzen zu unterbreiten.

Pressemitteilung dazu von heute:

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2018/08/sanierung.html;jsessionid=BF C0C899DC51A66E4AFC6A475301CAE7.1 cid295>

Die Förderquote beträgt für Haushaltsnotlagekommunen 90 %.

Die Fördermittelhöhe beträgt 1 bis 4 Mio. € pro Projekt.

Sie finden die weiteren Informationen und Antragsunterlagen online unter

<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Aktuell/Aufrufe/aktuelle-meldungen/bundesprogramm-sjk-km.html>.

P Dienstgebäude
Contrescarpe 72
28195 Bremen

♿ Eingang
Contrescarpe 72
28195 Bremen

H Bus/Straßenbahn
Haltestellen
Herdentor

Bankverbindungen
Sparkasse Bremen
IBAN: DE73 2905 0101 0001 0906 53 BIC: SBREDE22
Bremer Landesbank
IBAN: DE27 2905 0000 1070 1150 00 BIC: BRLADE22XXX

- Seite 1 von 2 -

Internet: <http://www.bauumwelt.bremen.de/>

Dienstleistungen und Informationen der Verwaltung unter Tel: (0421) 361-0, www.transparenz.bremen.de, www.service.bremen.de

Bitte beachten Sie folgende **Fristen**:

- 24.08. Anzeige der Projekte durch das Fachressort bei der Obersten Landesbehörde (Ref. 72 bei SUBV)
- 31.08. Eingang der Projektskizze sowie deren Anlagen über das elektronische Antragsystem easy-Online beim Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
- 21.09. Stellungnahme der Obersten Landesbehörde Städtebauförderung an das BMI zu den eingereichten Projekten

Ich bitte Sie, bei Interesse schnellstmöglich Projekte den Anforderungen entsprechend aufzubereiten und mir bis zum 24.08.2018 anzuzeigen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Beschluss des Senats

vom 18.09.2018

- 4328.) Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Infrastruktur in den Bereichen Jugend, Kultur, Sport"
Bewerbungen der Stadtgemeinde Bremen
(Vorlage 2348/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat befürwortet und unterstützt entsprechend der Vorlage 2348/19 die Bewerbung um Bundesmittel für die Sanierung der unter B. Lösung, dargestellten Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms Sanierung kommunaler Infrastruktur in den Bereichen Jugend, Kultur, Sport.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) über den am 18.09.2018 gefassten Beschluss des Senats zu informieren.